

**Yu Ning**

## Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren

Eine außenpolitische Strategie in dem Kampf um  
Weiterexistenz

**Doktorarbeit / Dissertation**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

## **Impressum:**

Copyright © 2015 GRIN Verlag  
ISBN: 9783668069879

## **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/308373>

**Yu Ning**

## **Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren**

**Eine außenpolitische Strategie in dem Kampf um Weiterexistenz**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren  
Eine außenpolitische Strategie in dem Kampf um Weiterexistenz

Dissertation  
Zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie  
des Fachbereichs Geschichtswissenschaft  
Der Universität Hamburg

Vorgelegt von  
Yu, Ning  
aus Liaoning, China

Hamburg, im April 2015

Hauptgutachter: Prof. Dr. Dorothee Wierling

Nebengutachter: Prof. Dr. Bernd Eberstein

Datum der Disputation: 06.Oktober 2015

Mein besonderer Dank gilt

Meiner Frau Song-yan, Xu für die uneingeschränkte Unterstützung, die sie mir gibt.

Meiner Doktormutter Prof. Dr. Dorothee Wierling für die Ermöglichung dieser Arbeit, die Unterstützung zu jeder Tages- und Nacht-Zeit und die positive Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Bernd Eberstein, für sein Mitgefühl und seine Unterstützung.

## **Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis .....	iv
Abkürzungsverzeichnis.....	vi
Abbildungsverzeichnis.....	ix
I Einführung .....	1
1 Zum Stand der Forschung.....	1
2 Deutsche und chinesische Quellen .....	5
3 Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China von 1949 bis 1979 .....	9
II Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren .....	27
1 Die Außen- und Chinapolitik der DDR und die entscheidenden Elemente .....	27
1.1 Eine Übersicht der Außenpolitik der DDR und ihre Ziele.....	27
1.2 Das Verhältnis zwischen der Außenpolitik und der Chinapolitik der DDR ....	36
1.3 Die Chinapolitik der DDR, ihre Ziele und Schwerpunkte .....	38
1.4 Die wesentlichen Elemente der Chinapolitik der DDR .....	46
1.4.1 Die Sowjetunion .....	48
1.4.2 Die USA.....	66
1.4.3 Die Bundesrepublik Deutschland .....	70
1.4.4 Die Entwicklung der VR China seit dem Ende der 1970er-Jahre .....	74
1.4.5 Die innenpolitische Situation in der DDR .....	78
1.5 Die Organe und Entscheidungsverfahren der Außenpolitik .....	81
2 Die politische Beziehung zwischen der DDR und der VR China .....	86
2.1 Wiederannäherung und Normalisierung und die erste Phase bis 1986.....	87
2.2 Staatsbesuch von Erich Honecker in der VR China im Jahr 1986.....	169
2.3 Die Entwicklung bis 1989 und das Ende der diplomatischen Beziehungen..	194
2.4 DDR und Taiwan.....	236
3 Die ökonomische Beziehung zwischen der DDR und der VR China.....	238
3.1 Die Entwicklung des Außenhandels seit 1980.....	238
3.2 Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit von 1986 bis 1990 .....	247

4	Die kulturelle und wissenschaftliche Beziehung zwischen der DDR und der VR China.....	259
4.1	Aufgabe und Bedeutung des Kulturaustauschs.....	259
4.2	Die Entwicklung des Kulturaustauschs seit 1980 .....	260
5	Zusammenfassung und Fazit .....	271
6	Gedruckte Quellen und Literaturverzeichnis.....	274
7	Ungedruckte Archivquellen.....	288
8	Erklärung.....	291

## **Abkürzungsverzeichnis**

Abs.	Absatz
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BarchG	Bundesarchivgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency (US-amerikanischer Geheimdienst)
CNS	China News Service
ČSSR	Tschechoslowakei (bis 1990)
CWIHP	Cold War International History Project
DAAD	Deutscher Akademischer Austausch Dienst
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
Ebd.	Ebenda
FALSG	Foreign Affairs Leading Small Group of the Communist Party of China
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
f.	folgende (Seite)
ff.	folgende (Seiten)
Gbl.	Gesetzblatt
GMD	Chinesische Nationalpartei (Guomindang)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1949–1990)
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
Kcal	Kilokalorie

KDVR	Koreanische Volksdemokratische Republik
kg	Kilogramm
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (sowjetischer Geheimdienst)
KIZ	Kultur- und Informationszentrum (der DDR, ausländische Informations- einrichtung der Liga der Völkerfreundschaft der DDR)
KPD	Kommunistischen Partei Deutschlands
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
M	Mark (der DDR)
MEGA	Marx-Engels-Gesamtausgabe
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Mio.	Million(en)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (westliches Verteidigungsbündnis)
Nr.	Nummer
NVK	Nationaler Volkskongress Chinas
Pkw	Personenkraftwagen
R	Rubel
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RMB	Renminbi (chinesische Währung)
S.	Seite oder Seiten
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPK	Staatliche Plankommission (der DDR)
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
Stasi	Staatssicherheitsdienst (der DDR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Vgl.	vergleiche
VR	Volksrepublik
ZK	Zentralkomitee
ZMK	Zentrale Militärkommission

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1970 bis 1979 .....	50
Abbildung 2: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1980 bis 1989 .....	51
Abbildung 3: Wirtschafts- und Sozialindikatoren I der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten .....	52
Abbildung 4: Wirtschafts- und Sozialindikatoren II der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten .....	53
Abbildung 5: Vergleich der statistischen Wirtschaftsdaten in den USA und der UdSSR im Jahr 1987.....	54
Abbildung 6: Importe und Exporte der DDR mit der VR China im Jahr 1983 .....	240
Abbildung 7: Schwerpunkte der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China von 1986 bis 1990.....	242

# **I Einführung**

## **1 Zum Stand der Forschung**

Die wissenschaftliche Forschungsarbeit zur Beziehung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Volksrepublik China (VR China) betrifft ein spezielles Teilgebiet der Forschung zu den deutsch-chinesischen Beziehungen. Die Anfänge der modernen allgemeinen deutsch-chinesischen Beziehungen gehen bis auf das Jahr 1897 zurück und erstrecken sich mit einer Fülle von historischen Ereignissen bis in die Gegenwart. Bei dieser Beziehung handelt es sich um die Begegnung von zwei Ländern mit sehr unterschiedlichen Kulturkreisen, wodurch die grundlegende Forschungsfrage entsteht, warum und wie die beiden derart verschiedenen Länder überhaupt eine Zusammenarbeit suchten. Diese Beziehungen und ihre damit verbundenen Verflechtungen und Entwicklungen haben die Geschichte von beiden Ländern, insbesondere die von China vor 1949, stark beeinflusst. Noch in den 1990er-Jahren wurden in der wissenschaftlichen Betrachtung die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China als ein „Teilaspekt der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China oder im Rahmen der chinesisch-sowjetischen Beziehung behandelt“.<sup>1</sup> Sowohl im deutschen als auch im chinesischen Sprachraum liegen nur wenige akademische Studien und Schriften zum Verhältnis der DDR und der VR China vor; in Deutschland gelten die Monographie von Harald Möller, *DDR und VRCH in den 50er Jahren*,<sup>2</sup> und die Studie *Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990, Kulturelle Diversität und politische Positionierung* von Martina Wobst<sup>3</sup> bisher als einzige wissenschaftliche Arbeiten, die sich auf die Beziehung zwischen der DDR und der VR China konzentriert und diese bilaterale Beziehung nachgezeichnet und dargestellt haben. Mechthild Leutner, Werner Meißner und weitere Forscher legten über den Zeitraum von

---

<sup>1</sup> Meißner, Werner, *Die DDR und China 1945-1990: Politik - Wirtschaft - Kultur. Eine Quellensammlung*, Oldenbourg Akademieverlag (1. Dezember 1995), S. 11.

<sup>2</sup> Vgl. Möller, Harald, *DDR und VRCH in den 50er Jahren* : (Arbeitspapier), Berlin, Brüsseler Str. 33 (1998/99).

<sup>3</sup> Vgl. Wobst, Martina, *Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949-1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung*, LIT; Auflage: 1., Aufl. (15. Juni 2004)

1897 bis 1995 ausgewählte Quellensammlungen in sechs Bänden – „*Deutsch-chinesische Beziehungen*“<sup>4</sup> – vor.

Es lassen sich tatsächlich zwei Hauptlinien in den bilateralen Kontakten zwischen der DDR und der VR China feststellen und nachweisen. Die eine Hauptlinie erfüllte den ausschließlichen Zweck der propagandistischen Kommunikation; die andere Hauptlinie konzentrierte sich auf die Verfolgung und Durchsetzung von konkreten Interessen und Bedürfnissen in den unterschiedlichsten (parteipolitischen) Bereichen. Als Adressat der propagandistischen Linie, wie sie sich in den öffentlichen Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Rundfunk) und in den offiziellen Dokumenten spiegelte, fungierte die Zentrale der kommunistischen Bewegung in ‚Moskau‘, wobei sich die Kommunikation in Gestalt einer stark standardisierten und sich in Wiederholungen erschöpfenden ‚Parteisprache‘ vollzog. Im Gegensatz dazu verfolgte die realistische und an konkreten Fragestellungen interessierte Linie das Ziel, die Stabilität der Herrschaft der kommunistischen Partei, sowohl der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR als auch der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in der VR China, zu sichern und darüber hinaus die Stellung der DDR in der internationalen Staatengemeinschaft angesichts des Konkurrenzverhältnisses mit der BRD auf politischer Ebene zu erhöhen.

In dieser Arbeit erfolgt die Darstellung, Analyse und Bewertung der Chinapolitik der DDR-Führung in den 1980er-Jahren mit dem Ziel, die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China vor dem Hintergrund der Epoche des Kalten Krieges zu dokumentieren. Der Kalte Krieg umfasste die Blockkonfrontation, Bipolarität und Abschreckungsstrategie als wesentliche Merkmale im Rahmen des globalen Ost-West-Konfliktes. Alle Länder stellten sich aus machtpolitischen, geopolitischen und ideologischen Gründen und Motiven entweder auf die Seite der ‚Supermacht‘ Vereinigte Staaten von Amerika (USA) und ihren jeweiligen Verbündeten und Allianzen oder auf die Seite der ‚Supermacht‘ Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und den anderen sozialistischen Staaten. Diese Phase des Kalten Krieges kann in der Geschichte der beiden Länder, DDR und VR China, als eine Phase der gegenseitigen Wiederannäherung bezeichnet werden. Die-

---

<sup>4</sup> Vgl. Leutner (1997); Leutner (2006); Martin (2003); Leutner (1998); Leutner (1995); Meißner (1995), Eine Quellensammlung (Quellen Zur Geschichte der Deutsch-Chinesisch Beziehungen), Oldenbourg Akademieverlag

se Wiederannäherung der beiden Nationen wurde vor allem durch drei Ereignisstränge bestimmt: (1) die Konfrontation der ‚Supermächte‘ im Kalten Krieg, die Eskalation der weltpolitischen Lage und das massive Wettrüsten zwischen der UdSSR und den USA; (2) der Verfall und schließlich der Zusammenbruch der UdSSR in den 1980er-Jahren und (3) die besonderen politischen und ökonomischen Motive respektive staatlichen Interessen der beiden Länder. Ende der 1970er-Jahre begann in der internationalen Politik eine neue Ära, die durch die militärische Invasion der UdSSR in Afghanistan, ein Land, das in dieser Zeit primär eine Politik der Annäherung an die osteuropäischen Staaten verfolgte, eingeleitet wurde. Dieser Krieg in Afghanistan stellte eine starke Verletzung der ideologischen sowjetischen Propaganda und der allgemeinen sozialistischen Bewegung dar; die chinesische Führung betrachtete daher die UdSSR als eine Form des *Sozialimperialismus*<sup>5</sup>; diese militärische Intervention isolierte die Führung der Sowjetunion in der internationalen Weltgemeinschaft. Im Gegensatz zu dem Einmarsch der sowjetischen Armee als Antwort auf die reformistischen kommunistischen Bestrebungen des ‚Prager Frühlings‘ unter der Führung von Alexander Dubček in die Tschechoslowakei im August 1968 entwickelte sich diese militärische Intervention in Afghanistan zu einer großen politischen und ökonomischen Belastung für die UdSSR. Diese Invasion im Dezember 1979 in Verbindung mit einem dauerhaften Kriegsgeschehen in Afghanistan, das erst durch den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Jahr 1989 ein Ende fand, spielte eine wichtige Rolle im nachfolgenden Zusammenbruch der UdSSR.

Das andere wichtige weltpolitische Ereignis betraf im Rahmen der iranischen ‚Islamischen Revolution‘ die gewaltsame Besetzung der US-amerikanischen Botschaft und die damit verbundene Geiselnahme von US-Diplomaten in Teheran im November 1979. Durch dieses Ereignis wurden die sicherheitspolitischen Interessen der USA im Nahen Osten schwer bedroht und die Lage dort eskalierte.

---

<sup>5</sup> Seit dem Konflikt entlang der Grenze zwischen der Sowjetunion und der VR China im Jahr 1969 bezeichnete die chinesische Führung die UdSSR als ‚Sozialimperialismus‘. Der Begriff wurde erstmals als Schlagwort während des 20. Nationalfeiertags verwendet. Dieser Begriff zielte auf die Aussage ab, dass die Sowjetunion innenpolitisch eine faschistische Politik und außenpolitisch eine Aggressionspolitik betreibe. Seit dieser chinesischen Kritik an der sowjetischen Führung wurde die Beziehung zwischen der Sowjetunion und der VR China abgebrochen. Der Begriff des ‚Sozialimperialismus‘ wird seit der Reform- und Öffnungspolitik der VR China Ende der 1970er-Jahre nicht mehr gebraucht. Vgl. ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), Leitartikel vom 1. Januar 1970.

Im Februar 1979 marschierten chinesische Truppen nach einem jahrelangen Grenzstreit und insbesondere nach dem Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Vietnam, wodurch Vietnam zu einem wichtigen politischen und militärischen Partner der Sowjetunion in Südostasien aufstieg, in den Norden Vietnams, um im Rahmen eines sogenannten ‚Erziehungsfeldzuges‘ oder einer ‚Strafexpedition‘ der Sowjetunion zu demonstrieren, dass ihre Politik gegen die chinesischen Interessen gerichtet sei. Obwohl die Sowjetunion zahlreiche Truppen entlang der Grenzen zu China und der Mongolei mobilisierte, verzichtete die Sowjetunion auf militärische Aktionen auf dem chinesischen Territorium.

Ab Januar 1979 wurde unter der Führung des US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter die volle diplomatische Beziehung zwischen der VR China und den USA hergestellt; seitdem entwickelte sich die Beziehung beider Länder – trotz des im April 1979 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten Gesetzes, dem ‚Taiwan Relations Act‘, in dem die US-amerikanische Administration zu einer Unterstützung Taiwans verpflichtet worden ist – immer besser. Die chinesische Führung betrachtete dieses Gesetz bis in die Gegenwart hinein als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Eine sehr wichtige Entwicklung in der VR China seit 1978 besteht in der Einführung und Umsetzung der Reform- und Öffnungspolitik (改革开放). Unter dem starken Einfluss der sogenannten ‚Zweiten Führungsgeneration‘ der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), vornehmlich vertreten durch Deng Xiaoping (1904–1997), veränderte sich die chinesische Innen- und Außenpolitik entscheidend. Der Schwerpunkt der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik konzentrierte sich insbesondere auf die Modernisierung und den Ausbau der chinesischen Volkswirtschaft in Verbindung mit einer politischen Öffnung zu den westlichen kapitalistischen Industriestaaten. Die grundsätzlichen ideologisch-politischen Differenzen zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus sollten aufgelöst und durch pragmatische Gesichtspunkte ersetzt werden.

Aufgrund der neuen internationalen Weltlage entwickelte die Führung der DDR seit Ende der 1970er-Jahre eine neue Chinapolitik. Die Inhalte der Chinapolitik der DDR-Führung wird als ein Bestandteil der Außenpolitik der DDR in der vorliegenden Arbeit einer Analyse und Bewertung unterzogen. Die wesentlichen Bausteine dieser ostdeutschen Chinapolitik, insbesondere die ideologischen, nationalen, internationalen, ökonomischen sowie sowjetischen und chinesischen Implikationen, und die historischen Folgen der politischen Entscheidungen werden in der vorliegenden Arbeit mit zahlrei-

chen Dokumenten, akademischen Werken und einzelnen Artikeln aus Deutschland und China analysiert und diskutiert.

Die chinesische Führung versucht, durch ihre internationale Entwicklungshilfepolitik in Afrika und Südamerika politische Unterstützung zu erhalten, wie damals die Politik von der UdSSR und der DDR. Diese Politik und ihre Nachwirkungen wird allerdings in dieser Arbeit nicht thematisiert.

## **2 Deutsche und chinesische Quellen**

Zu den deutschen Hauptquellen zur Chinapolitik der Deutschen Demokratischen Republik und zu den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern zählen die offiziell veröffentlichten Dokumente aus der Publikationsreihe „*Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*“. Diese Publikationen erstrecken sich im chronologischen Verlauf auf insgesamt 33 Bände, beginnend mit Band I aus dem Jahr 1954 bis Band XXXIII/2 aus dem Jahr 1988. Alle Bände wurden vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Berlin (von 1954 bis 1963) und vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR in Potsdam (von 1964 bis 1988) herausgegeben. Neben diesen zugänglichen Dokumenten und Akten werden weitere wichtige Quellen aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in Berlin herangezogen; dieses Quellenmaterial wird in dieser Arbeit als „*SAPMO-BArch*“ zitiert. In diesen umfangreichen Dokumenten stehen zahlreiche Protokolle der Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der SED aus den Jahren von 1950 bis 1989 über beispielsweise internationale Lageeinschätzungen, getroffene politische Entscheidungen und über die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, zudem die Gesprächsprotokolle der DDR-Botschaft in Beijing und ihre jeweiligen Berichte über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas und vieles mehr als Forschungsquellen zur Verfügung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung durch den Beitritt der DDR an die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Oktober 1990 wurden alle Dokumente aus dem ehemaligen Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Potsdam, in das Bundesarchiv integriert, in dem die Akten von den ehemaligen Fachministerien, wie Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Ministerium für Außenhandel und Ministerium für Staatssicherheit, liegen.

Aufgrund des Archivgesetzes besteht eine generelle Schutzfrist von 30 Jahren<sup>6</sup> für alle derartigen Akten und Unterlagen, weshalb bisher lediglich formale Beschlüsse, die früher durch das Politbüro der DDR zur Veröffentlichung genehmigt worden sind, zugänglich sind.

Eine wichtige Quelle zur Hintergrundforschung über die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren stellen die Dokumente des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Dokumente werden als *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (1949–1953 und 1963–1976)*<sup>7</sup> vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amtes seit 1997 herausgegeben. Diese Publikationsreihe wird jährlich durch neue Jahrgänge fortgesetzt. Für die vorliegende Arbeit werden die Bände von 1970 bis 1983 herangezogen und verwendet.

Die von Mechthild Leutner zweimal jährlich herausgegebene Zeitschrift *Berliner China-Hefte* sowie die monographische Reihe *Berliner China-Studien*, ebenfalls von Mechthild Leutner betreut und herausgegeben, sind wichtige wissenschaftliche Bezugsquellen nicht nur für den Fachbereich der Sinologie, sondern auch für die Forschung zu den diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China. Diese Quellen werden ebenfalls als wesentliche Forschungs- und Studienmaterialien in der vorliegenden Arbeit genutzt. Das Buch *Außenpolitik in engen Grenzen: Die DDR im internationalen System* von Hermann Wentker<sup>8</sup> gilt als die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Außenpolitik der DDR, die den gesamten Zeitverlauf von der Gründung bis zum Ende der DDR sowie alle thematischen Aspekte einschließlich der organisatorischen Strukturen umfasst; dieses Werk wurde als wichtige Ergänzung zu der eigenen Forschungsarbeit herangezogen, insbesondere für das Kapitel über die DDR und die VR China in den 1980er-Jahren.

---

<sup>6</sup> Vgl. Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz (BArchG)), 6. Januar 1988, zuletzt geändert durch § 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. September 2005 (Bundesgesetzblatt, S. 2722): „§ 2a, (4) 1. Die in § 5 Abs. 1 Satz 1 genannte Schutzfrist von 30 Jahren findet auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung. 2. Im Übrigen ist die Benutzung der Unterlagen der Stiftung unter Beachtung von § 5 Abs. 1 letzter Satz sowie der Absätze 2, 5 und 6 in dem Erlaß zu regeln.“ Quelle: Bundesministerium der Justiz.

<sup>7</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte (1994 ff.); Hans-Peter Schwarz (bis Jahrgang 1974), Horst Möller (ab Jahrgang 1975).

<sup>8</sup> Vgl. Wentker, Hermann, *Außenpolitik in engen Grenzen: Die DDR im internationalen System 1949-1989*. Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Wissenschaftsverlag (1. September 2007).

Neben dem Studium der offiziellen Dokumente wurden ebenso Monographien, Biographien und Erinnerungen von beteiligten Personen ausgewertet wie zum Beispiel das Buch von Wjatscheslaw Kotschemassow<sup>9</sup> mit dem Titel *Meine letzte Mission: Fakten, Erinnerungen, Überlegungen*; Wjatscheslaw Kotschemassow arbeitete von 1983 bis 1990 als sowjetischer Botschafter in der DDR.

In China existieren zu dem Thema der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China bis 1990 lediglich Aufsätze in Zeitungen und Magazinen, wobei die propagandistischen Inhalte überwiegen. Die offiziellen chinesischen Forschungen zu den Beziehungen mit anderen sozialistischen Ländern in Europa und Asien sind bis heute nach wie vor ein vernachlässigtes Gebiet. Der chinesische Staat entwickelte insbesondere nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion kein Forschungsinteresse mehr und handelte diesen Zeitraum unter dem Motto „Ebbe der internationalen kommunistischen Bewegung“<sup>10</sup> ab.

Nach dem 7. Juli 1990 wurde die Beziehung zwischen der DDR und der VR China wegen der Erklärung der 10. Volkskammer der DDR in der 11. Sitzung<sup>11</sup> und im weiteren Verlauf durch die Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 abgebrochen; seit diesem Zeitpunkt gab es keine Publikation mehr über ein solches Thema in China. Erst im November 2006 wurde ein Sammelband von Aufsätzen unter dem Titel *A Century of China-German Relations*<sup>12</sup> in Beijing veröffentlicht, das bislang als einziges chinesisches Werk zur Beziehung zwischen der VR China und Deutschland vorliegt. Die Autoren beschäftigen sich in diesem 400-seitigen Sammelband über 40 Seiten mit der Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der DDR von 1949 bis 1990. Dieses Buch gehört außerdem zu einer Reihe von populären akademischen Werken unter dem Titel *A Century History of Chinese Diplomatic Relations*.

---

<sup>9</sup> Vgl. Kotschemassow, Wjateslaw, *Meine letzte Mission, Fakten, Erinnerungen, Überlegungen*, Dietz (1994).

<sup>10</sup> Vgl. 李爱华, 低潮中的奋进: 苏东剧变后的世界社会主义, 社会主义研究, 2003年2月; Li Aihua, Sozialismus nach dem Zusammenbruch von der UdSSR und Osteuropa, *Forschung zum Sozialismus*, Februar, 2003.

<sup>11</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 424-425, Dokument 213; Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Erklärung über die Ereignisse vom 3. und 4. Juni 1989 in der Volksrepublik China.

<sup>12</sup> Vgl. 潘琪昌, 百年中德关系, 世界知识出版社, 北京, 2006, Pan Qichang: *A Century of China-German Relations*, World Affairs Press, Beijing, 2006

Als chinesische Quellen stehen vor allem die Akten von dem Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und die Dokumente des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR China zur Verfügung. Die Akten des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas sind bis heute nur in Auszügen öffentlich zugänglich, die sich vornehmlich auf einige formale Beschlüsse beziehen. Die Dokumente vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bis 1965 sind erst nach einer offiziellen Mitteilung seit 2006 für die Öffentlichkeit freigegeben.<sup>13</sup> Aus diesem Grund sind die entsprechenden chinesischen Dokumente über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren nicht zugänglich und verfügbar. Als Hauptquellen für die vorliegende Arbeit dienen erstens die veröffentlichten Quellensammlungen des Volksverlages (人民出版社), des Chinesischen Dokumentenverlages (中国档案出版社) und des Zentral-Literatur-Verlages (中央文献出版社) über die Geschichte der VR China und der Kommunistischen Partei Chinas; zweitens die zahlreichen Artikel aus den Presseorganen der VR China von 1980 bis 1990 wie die ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) und weitere Broschüren über die Außenpolitik Chinas sowie die publizierten Erinnerungen von chinesischen Politikern.

Zur Dokumentation und Analyse des bilateralen Handels zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren wurde primär das von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebene *Statistische Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* von Band 1979 bis Band 1990 verwendet. Auf der chinesischen Seite wurde der vom chinesischen Wirtschaftsverlag (中国经济年鉴社) herausgegebene *Almanach der chinesischen Wirtschaft* (中国经济年鉴, Almanac of China's Economy) von Band 1981, der tatsächlich der erste Band dieses Almanachs darstellt, bis Band 1990 herangezogen.

---

<sup>13</sup> Seit dem 12. November 2008 sind die Dokumente vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von 1956 bis 1965 öffentlich zugänglich, insgesamt 41.097 Akten mit über 366.551 Seiten; Quelle: Nachricht am 9. Mai 2006, 12. November 2008 von der (staatlichen) Nachrichtenagentur Xinhua, Archive vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VR China. Es gibt auch eine dreißigjährige Schutzfrist gemäß dem Gesetz für alle offiziellen Dokumente in der VR China, außer der Schutzfristregel gelten noch weitere wichtige Kriterien in dem Entscheidungsverfahren, ob und wie die Dokumente öffentlich zugänglich sein sollten. Nach einem Bericht vom China News Service (CNS) am 15. November 2008 wolle das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VR China „in 3 Jahren die Archive bis 1978 gemäß dem Gesetz freigeben“. Dieser Plan wurde wegen der landesweiten Datensicherheitsprüfung ausgesetzt. Siehe: ‚Wochenende im Süden Chinas, am 15. Juli 2009, Sturm im Geheimhaltungsamt der VR China, 22 wurden bestraft‘ (中国保密局刮罕见风暴 22 人被处理).

Die russischen Quellen über die russisch-chinesischen Beziehungen und zur Innenperspektive der UdSSR wurden in Gestalt der durch Verlage in China herausgegebenen Übersetzungen genutzt; darüber hinaus wurden auch Publikationen und Forschungsergebnisse aus englischsprachigen Ländern als wichtige ergänzende Literaturquellen verwendet.

Die Recherche und Auswertung von englischsprachigen Dokumenten und Quellen, die Auskünfte geben über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, der UdSSR und der VR China sowie die politische Entwicklung in der DDR und VR China im Jahr 1989 konzentrierte sich vor allem auf die weltweit größte digitale Dokumentensammlung des Projekts ‚Cold War International History Project‘ (CWIHP) (Wilson Center). Zahlreiche Dokumente der internationalen Politikgeschichte fanden noch keine Berücksichtigung und Resonanz in der Geschichtsforschung in der VR China wie zum Beispiel ‚Interkit, 1966–1987‘ oder ‚Sino-Soviet Split, 1960–1984‘.

### **3 Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China von 1949 bis 1979**

Am 25. Oktober 1949 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China durch einen Telegrammaustausch der jeweiligen Außenminister Georg Dertinger und Zhou Enlai herbeigeführt, unmittelbar nach den Gründung der DDR und der VR China.<sup>14</sup> Zhou Enlai war nicht nur der Außenminister, sondern auch der Premierminister der Volksrepublik China sowie der Stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas. Die Außenpolitik der chinesischen Regierung, nicht nur mit der DDR, sondern auch mit anderen Ländern, stand bis zu seinem Tod im Januar 1976 immer unter der Führung und Leitung von Zhou Enlai. Die auswärtigen Angelegenheiten der chinesischen Regierung wurden am Anfang von Zhou Enlai geführt und durch sein Engagement und seine Leistungen tief geprägt.

Obwohl die diplomatische Anerkennung der DDR durch die VR China eine große Bedeutung hatte, gestaltete sich die Beziehung zwischen den beiden Staaten von 1949 bis 1953 ohne einen intensiveren Austausch. Die Beziehung der beiden Länder nahm am Anfang lediglich eine allgemeine idealistische und solidarische Stellung als ‚sozialistische Bruderstaaten‘ ein. *„Die Festigung der deutsch-chinesischen Freundschaft ist ein schwerer Schlag für den amerikanischen Imperialismus in seinem Bestreben, Deutsch-*

---

<sup>14</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 68-69.

*land zu spalten und das deutsche Volk zu versklaven und einen neuen Weltkrieg zu inszenieren.*<sup>15</sup> Mit Unterstützung der UdSSR versuchte die noch junge DDR, ein neues politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System aufzubauen und die Herrschaft der SED auf allen Ebenen zu stabilisieren. Der von der SED propagierte ‚Aufbau des Sozialismus‘ und die durchgeführte Sowjetisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR fand unter anderem aufgrund der Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zunehmend Widerstand bei der ‚werkstätigen‘ Bevölkerung. Im Juni 1953 brach in Ost-Berlin als Folge einer ‚Ernährungskrise‘ ein Volksaufstand aus, der erst durch den Einsatz der sowjetischen Armee niedergeschlagen werden konnte.

Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 durch Mao Zedong befand sich die chinesische Regierung in der letzten Phase des Bürgerkrieges zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Chinesischen Nationalpartei (Guomindang; GMD), die sich schließlich auf die Insel Taiwan zurückziehen musste. Gleichzeitig wurde mit dem Wiederaufbau der Infrastruktur der Wirtschaft und der Landwirtschaft auf dem chinesischen Festland erfolgreich begonnen (工商业改造和土地革命). Der kommunistische Staat unter Mao Zedong formte die Staatsorgane und die Industrialisierung nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Am 25. Juni 1950 überquerten nordkoreanische Truppen die Grenze nach Südkorea und nahmen bereits drei Tage später die südkoreanische Hauptstadt Seoul ein. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) verabschiedete nach dieser militärischen Invasion die ‚Resolution 85‘, wonach UN-Truppen unter der militärischen Führung der US-Amerikaner mit der Aufgabe ermächtigt wurden, die Invasion auf das Gebiet Südkoreas zurückzudrängen. Nach der UN-Offensive unterstützte die VR China Nordkorea, weil sie den Einsatz der UN-Truppen als Angriff auf Nordchina interpretierte. Im Rahmen einer Gegenoffensive im Frühjahr 1951 waren etwa 400.000 chinesische, 100.000 nordkoreanische und 200.000 UN-Soldaten beteiligt. Der Koreakrieg wurde am 27. Juli 1953 durch ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Vereinten Nationen (UNO) und Nordkorea beendet.

Als eine Folge des Koreakrieges wurde die VR China von den USA völkerrechtlich nicht anerkannt; die Versuche, mit den USA eine diplomatische Beziehung zu etablie-

---

<sup>15</sup> Meißner (1995), S. 70 (Anmerkung 1).

ren, wurden abgebrochen. Erst im Jahr 1979 – 26 Jahre nach dem Ende des Koreakrieges – wurde die diplomatische Beziehung zwischen der VR China und den USA wieder aufgenommen und hergestellt.

Eine weitere Folge des Koreakrieges ist die sogenannte Taiwan-Frage; die Vereinigung Chinas (Festland) mit Taiwan (Insel) wurde wegen des Krieges unerwartet abgebrochen; bis heute stellt die Taiwan-Frage eine wichtige Kernangelegenheit in der VR China dar. Die chinesische Regierung entwickelte vor dem Hintergrund dieses Konfliktes mit der Insel Taiwan ein wichtiges Prinzip ihrer Außenpolitik: die ‚Ein-China-Politik‘. Das Prinzip bedeutet, dass es auf der Welt nur ein einziges China, nämlich die VR China, gibt und die Provinz Taiwan gilt als ein untrennbarer Teil der VR China. Alle Staaten, die diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen wollen, müssen dieses Prinzip und die Regierung der VR China als die einzige legitime Regierung Chinas anerkennen, ihre Beziehungen zu den Behörden in Taiwan müssen daher abgebrochen werden.<sup>16</sup> Die Anerkennung der ‚Ein-China-Politik‘ erhielt China sowohl von der DDR-Regierung als auch von den anderen sozialistischen Ländern.

Da die Führungen der DDR und der VR China vor 1953 mit eigenen Schwierigkeiten und Problemen beschäftigt waren, waren sie miteinander kaum in Kontakt gekommen. Beide Länder drückten trotz dieses kontaktarmen Verhältnisses ihre gegenseitige Solidarität und Unterstützung in Form von ideologisch und propagandistisch geprägten Artikeln in Zeitungen und durch den Austausch von Briefen zwischen den Führungspersonen der beiden kommunistisch-sozialistischen Parteien.<sup>17</sup>

Aufgrund der großen geografischen Entfernung zwischen der DDR und China gestalteten sich die politischen Kontakte und ebenso der Warenaustausch schwierig. Enge persönliche Beziehungen zwischen Funktionären und Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Kommunistischen Partei Chinas bestanden durch die Aufenthalte von Zhou Enlai, Zhu De und Deng Xiaoping in den 1920er-Jahren in

---

<sup>16</sup> Nach dem ‚Consensus of 1992‘ (九二共识) wird die ‚Ein-China-Politik‘ so erklärt, dass es nur ein China gäbe und sowohl das Festland-China als auch die Insel Taiwan ein Teil davon seien; siehe White Paper – The Taiwan Question and Reunification of China (1993) (台湾问题与中国的统一); White Paper – The One-China Principle and the Taiwan Issue (2000) (一个中国的原则与台湾问题), State Council Information Office of the People’s Republic of China (2000); Anti-Secession Law (adopted at the Third Session of the Tenth National People’s Congress on March 14) (2005).

<sup>17</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 69-71 (Anmerkung 1), Dokument 3; Über die Entstehung des neuen Deutschland; Huang Caoliang (1949), in: Xinhua Yuebao (新华月报), S. 380-381; Meißner (1995), Dokument 4; Entwurf zum Aufruf der Nationalen Front, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/116.

Berlin und anderen Städten Deutschlands mit deutschen Kommunisten wie Otto Braun (李德), Arthur Ewert, Richard Sorge, Manfred Stern und Ruth Werner (Ursula Kuczyski), die in den 1930er-Jahren die KP Chinas entweder als ‚Kundschafter‘ oder als ‚Militärberater‘ unterstützt hatten.<sup>18</sup> Die offizielle Beziehung zwischen der DDR und der VR China seit 1949 kann auch als Fortsetzung der Kooperation in der Vergangenheit zwischen der KPD und der KP Chinas verstanden werden.

Im September 1953 wurden die diplomatischen Missionen der DDR und der VR China in Botschaften umgewandelt.<sup>19</sup> Die diplomatischen Beziehungen entwickelten sich schnell und intensiv; 1954 besuchte Zhou Enlai die DDR und Otto Grotewohl war 1955 in Beijing. Am 25. Dezember 1955 wurde der *Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China* in Beijing abgeschlossen und von den beiden Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Zhou Enlai unterzeichnet. Dieser Vertrag bildete eine wichtige und umfassende Grundlage für die weiteren Verträge über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in den 1950er-Jahren und die Verlängerung solcher Verträge in den 1980er-Jahren, die Taiwan-Frage und die Stellungnahme der DDR-Regierung zu der Anerkennung der VR China als Mitglied in der Vollversammlung und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.<sup>20</sup> Der 1955 geschlossene Vertrag sollte gemäß Artikel 7 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und damit bis zum Erlöschen des Staates DDR auch als Subjekt des Völkerrechts Gültigkeit besitzen.

Die UdSSR hatte die beiden Länder, DDR und China, seit Langem massiv unterstützt, um zum einen in der DDR das neue politische und wirtschaftliche System ‚im Herzen Europas‘ aufzubauen und zum anderen in China den Sieg der KPCh über die Nationalisten der Guomindang im Bürgerkrieg sicherzustellen, beim Verlauf und Ausgang des Koreakrieges militärische Hilfe zu leisten und den wirtschaftlichen Aufbau Chinas zu unterstützen. Die UdSSR beziehungsweise Moskau spielten deswegen eine sehr bedeutende Rolle in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Der Führungsan-

---

<sup>18</sup> Vgl. Möller (1999); Kampen (1997), in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, S. 88-104; Felber/Hübner (1988), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 148-172.

<sup>19</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 72-73 (Anmerkung 1).

<sup>20</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 82-83 (Anmerkung 1), Dokument 15; Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China 1955.

spruch der Sowjetunion unter Stalin wurde von den anderen sozialistischen Ländern anerkannt.

Während des XX. Parteitages der Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) in Moskau im Februar 1956 hatte Nikita Chruschtschow, der Erste Sekretär der Partei, die Gelegenheit genutzt, den Personenkult des im März 1953 verstorbenen Stalin anzuklagen und die Verbrechen des Stalinismus zu verurteilen; er forderte eine Neuausrichtung der sowjetischen Wirtschaftspolitik, die unter dem Begriff der ‚Entstalinisierung‘ in die Geschichte einging. Dieses Ereignis führte nicht nur zu einer Reihe von neuen politischen Entwicklungen in Osteuropa, sondern auch zum Bruch zwischen der VR China und der UdSSR, der bis Ende der 1970er-Jahre anhielt. Die Führung der DDR hatte Sympathien für Stalin und wollte die massive Kritik Chruschtschows gegen Stalin nicht unterstützen. Auch in China sprach sich die KPCh gegen ‚Reformen‘ aus und ging vielmehr davon aus, dass Chruschtschow und die KPdSU die internationalen kommunistischen Bewegungen in der Welt schwer beschädigten. Chruschtschow und die neue Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit den westlichen kapitalistischen Staaten und insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika wurde von der KPCh als ‚Revisionismus‘ bezeichnet und verursachte heftige Debatten zwischen Beijing und Moskau. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 stellt deswegen ein Meilenstein nicht nur in der internationalen kommunistischen Bewegung, sondern auch in der Geschichte der Beziehung zwischen der VR China und der UdSSR und der Beziehung zwischen der DDR und der VR China dar. SED und KPCh vertraten dieselbe Position gegen die Politik der ‚Entstalinisierung‘ und gegen Chruschtschows ‚Aufweichung‘; beide Parteien verstanden die neue internationale Lage als eine massive Herausforderung der kommunistischen Bewegung und arbeiteten daher bis 1960 noch enger zusammen.

Sechs Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau besuchte Walter Ulbricht und eine ZK-Delegation der SED am 8. September 1956 Beijing. Er sprach mit Mao Zedong ausführlich und umfassend über innenpolitische und internationale Fragen; in den folgenden drei Jahren gestaltete sich die Beziehung zwischen der DDR und der VR China immer enger, zumal die beiden Parteien in mehreren wichtigen ideologischen und innenpolitischen Fragen übereinstimmten: vor allem in ihrer ablehnenden Position gegenüber dem Projekt der ‚Entstalinisierung‘ unter Chruschtschow, in der Zustimmung der SED zur ‚Hundert-Blumen-Bewegung‘ und später zur ‚Anti-Rechtsabweichler-

Kampagne‘ sowie in der Unterstützung der ‚Volkskommunen‘ in China. Seit 1956 versuchte die VR China, ein eigenständiges kommunistisches Gesellschaftsmodell unabhängig von der UdSSR aufzubauen. Die Solidarität der DDR-Führung mit der Politik der Kommunistischen Partei Chinas erstreckte sich bis zu dem grausamen Ereignis am 4. Juni 1989 auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ in Beijing.<sup>21</sup>

In den 1950er-Jahren entwickelte sich die diplomatische Beziehung zwischen der DDR und der VR China gut; die Beziehungen unter allen sozialistischen Ländern gestalteten sich freundlich und solidarisch; es gab damals kaum ideologische und diplomatische Auseinandersetzungen unter den sozialistischen Ländern, besonders mit der UdSSR. Diese positive Atmosphäre stand allerdings in starker Abhängigkeit von den jeweiligen Interessen der UdSSR. Wenn beispielsweise der Fall eintrat, dass irgendein sozialistisches Land Meinungsverschiedenheiten oder ideologische Auseinandersetzungen mit der Führung der UdSSR hatte, eröffnete sich die Gefahr, dass dieses Land die bisherigen guten außenpolitischen Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern verliert. Die historische Entwicklung der Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den folgenden Jahren bestätigt diese Einschätzung. Weil die DDR die politische und wirtschaftliche Unterstützung der UdSSR dringend brauchte, orientierte sich ihre Außenpolitik beziehungsweise ihre Chinapolitik eng an den Vorgaben und Interessen aus Moskau.

Als sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen ab 1959 allmählich verschlechterten und ihren Höhepunkt schließlich in den blutigen Zwischenfällen im Umkreis des Grenzflusses Ussuri an der sowjetisch-chinesischen Grenze von März bis September 1969 erreichte, nahm diese sowjetisch-chinesische Entwicklung einen direkten Einfluss auf die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Während dieser Krisensituation bereiteten sich die Sowjetunion und die VR China auf einen größeren Krieg selbst mit der Androhung, Atomwaffen einzusetzen, vor; aufgrund der wachsenden Spannungen zwischen der UdSSR und der VR China hatte die chinesische Führung sogar Vorbereitungen dafür getroffen, die Hauptstadt Beijing nach Wuhan zu verlagern, wenn die Rote Armee tatsächlich Nordchina angegriffen hätte. Diese Konfliktsituation im Kalten Krieg zwischen der UdSSR und der VR China führte dazu, dass sich die diplomatischen Be-

---

<sup>21</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 397-398 (Anmerkung 1), Dokument 190; 9. Tagung der Volkskammer der DDR am 8. Juni 1989.

ziehungen zwischen der DDR und der VR China stark verschlechterten und beinahe zu einem vollständigen Abbruch der Beziehungen geführt hätte.

Seit 1959 begannen die Debatten, Meinungsverschiedenheiten und ideologischen Konflikte zwischen Beijing und Moskau um die indisch-chinesischen Grenzkonflikte, die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, die Beziehung zu den westlichen Ländern generell und insbesondere die Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die UdSSR hatte im Juli 1960 alle Verträge mit China für den Auf- und Ausbau der chinesischen Industrie einseitig rückgängig gemacht und alle sowjetischen Fachleute, die sich in China aufhielten, zurückgerufen; diese Entscheidung hatte die wirtschaftliche Entwicklung in China schwer beschädigt, weil zahlreiche Auf- und Ausbauprojekte nunmehr unvollendet blieben und nicht abgeschlossen werden konnten.

Im Jahr 1963, nachdem das Politbüro der KPdSU einen offenen Brief gegen China herausgegeben hatte, eskalierten die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Vom 6. September 1963 bis zur Absetzung Chruschtschows am 14. Oktober 1964 hatte die Kommunistische Partei Chinas eine Reihe von Kommentaren<sup>22</sup> veröffentlicht, um ihre Position darzustellen, und kritisierte darin heftig die sowjetische Politik der ‚Entstalinisierung‘ und die Entwicklung Jugoslawiens unter Tito als Führer der Bewegung der blockfreien Staaten. Seitdem sich eine Reihe von militärischen Konflikten an der Grenze zwischen der UdSSR und der VR China in Fernost, Ussuri und Xinjiang,<sup>23</sup> ereignete, wurde in der Folge die Kooperation zwischen den beiden Ländern eingestellt. Die Führung der UdSSR hatte außerdem zahlreiche Truppen – bis zu einer Million Soldaten – und Raketen – etwa ein Drittel des Arsenal der UdSSR – gegen China entlang den Grenzen zwischen der Sowjetunion und China und der Mongolei und China mobili-

---

<sup>22</sup> Neun Kommentare zur Kommunistischen Partei Chinas in der ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) und der ‚Roten Fahne‘ (Hong Qi, 红旗) vom 6. September 1963 bis 14. Juli 1964.

<sup>23</sup> Der größte Konflikt an der sowjetisch-chinesischen Grenze am Fluss Ussuri und auf der Insel Zhenbao Dao ereignete sich im Jahr 1969; zahlreiche sowjetische und chinesische Soldaten starben oder wurden verletzt. Gemäß dem Abkommen zwischen der sowjetischen und chinesischen Regierung aus dem Jahr 1991 (‚Sino-Russian Border Agreement‘) und dem Jahr 2005 (‚The Supplement to Sino-Russian East Border Agreement‘) gehört die Insel zu China. Im Sommer 1960 ereigneten sich bereits einige Konflikte an der Grenze zwischen Westchina, Xin Jiang und der Sowjetunion. Sowjetische Soldaten brachen dort über die Grenze ein, schlugen chinesische Bauern und vertrieben sie mit Gewalt. Dieses Ereignis war der erste Konflikt zwischen der UdSSR und der VR China; es war ein wichtiges Signal für eine Wende in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen; siehe auch Ma Xusheng (2001).

siert und eingesetzt.<sup>24</sup> Diese Situation markierte eine Wende in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Bereits auf dem VI. Parteitag der SED im Jahr 1963 wurden die Auseinandersetzungen der beiden Parteien, SED und KPCh, offenbar und in den folgenden Jahren kritisierten sich beide Parteien gegenseitig heftig. Die Konfrontation verursachte schließlich eine Reihe von unfreundlichen und gewalttätigen Ereignissen in Berlin im Jahr 1967.<sup>25</sup>

Obwohl Walter Ulbricht nicht die Zielsetzung verfolgte, die Beziehung mit der VR China vollständig abubrechen,<sup>26</sup> befand sich die DDR-Führung in einer schwierigen Lage, insofern die DDR weiterhin die Unterstützung und den militärischen Schutz von der UdSSR benötigte; außerdem verfügte die UdSSR auf dem Territorium der DDR über ein Kontingent von sowjetischen Streitkräften.<sup>27</sup> Die DDR befand sich strategisch und geografisch an der Front des Kalten Krieges, wodurch sich die Außenpolitik der DDR-Führung auf dem Spannungsfeld zwischen den Interessen der UdSSR und den eigenen Interessen als unabhängiger und von der Weltgemeinschaft anerkannter Staat bewegte.

Die chinesische Regierung wollte die Beziehungen mit der DDR trotz der bestehenden Spannungen zwischen der VR China und der UdSSR weiter fortsetzen und verbessern. Dieses Interesse nach Kooperation und Zusammenarbeit drückte sich unter anderem in

---

<sup>24</sup> Vgl. Deng Xiaoping (1995), S. 291-295; Gespräch des Vorsitzenden der Militärkommission beim ZK der KPCh, Deng Xiaoping, mit dem Generalsekretär der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 16. Mai 1989.

<sup>25</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 133 (Anmerkung 1), Dokument 38; Erinnerungen des Genossen Wu Xiuquan; Geschichte der KPCh (1983), S. 186-187; Meißner (1995), S. 166, Dokument 54; China protestiert gegen die Anweisung der DDR-Behörden, Ausstellungskästen der Chinesischen Botschaft in Karlshorst zu entfernen; Xinhua News Agency, 18. Februar 1967, S. 168; Meißner (1995), Dokument 56; Zusammenfassender Bericht über den Unfall des chinesischen Botschaftswagens am 27. Juni 1967 und die darauf folgenden Ereignisse und Maßnahmen, SAMP-BArch, ZPA NL 182/1222, S. 169; Meißner (1995), Dokument 57; Information über die Vorgänge an der chinesischen Botschaft in Berlin-Karlshorst am 28. Juni 1967, SAPMO-BArch, ZPA NL 182/1222.

<sup>26</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 135 (Anmerkung 1), Dokument 39; Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht zur Diskussion über die schriftlich vorgelegten Berichte, über das Programm und über das Referat ‚Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei in Deutschland‘, Meißner (1995), S. 135-137, Dokument 40; Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, an den Vorsitzenden der KP Chinas, Mao Zedong, zum Auftreten der chinesischen Parteidelegation auf dem VI. Parteitag der SED.

<sup>27</sup> Die GSSD (Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland) waren Gliederungen der Land- und Luftstreitkräfte der sowjetischen Armee, die von 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) und von 1949 bis 1994 in der DDR und BRD (nach der Wiedervereinigung Deutschlands von 1990 bis 1994) stationiert waren, gemäß der drei Abkommen: ‚Potsdamer Abkommen‘ (1945), ‚Abkommen über den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR‘ (1957) und ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Der Zwei-plus-Vier-Vertrag)‘ (1990).

der chinesischen Unterstützung des sogenannten Viermächte-Status und der Teilung der Stadt Berlin in Sektoren aus.<sup>28</sup> Auf der chinesischen Seite bestand das Interesse, in der Taiwan-Frage die Unterstützung der internationalen Weltgemeinschaft, einschließlich der DDR, zu erhalten.

1966 begann die Kulturrevolution in China, die größte politische Bewegung Chinas seit ihrer Staatsgründung im Jahr 1949. Über die Gründe, Motive und Zielsetzungen der chinesischen Kulturrevolution bestehen bis heute zahlreiche kontroverse Positionen.<sup>29</sup> Während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 wurden die diplomatischen Kontakte Chinas mit fast allen anderen Staaten der Welt abgebrochen. 1967 kehrten der chinesische Botschafter Zhang Haifeng in der DDR und seine Kollegen in anderen Ländern nach Beijing zurück. Sie befolgten den Befehl aus Beijing, aktiv an der Kulturrevolution innerhalb Chinas teilzunehmen. Von 1967 bis 1969 entsandte Beijing keinen Nachfolger für Zhang Haifeng in die Hauptstadt der DDR. Im Gegenzug hatten der Botschafter und seine Kollegen aus der DDR in Beijing ebenfalls kaum Kontakte mit den Funktionären und Leitern in der chinesischen Regierung.<sup>30</sup> Wegen des Kalten Krieges hatte China kaum Kontakt mit westlichen Staaten und wurde damals lediglich von einigen Staaten wie Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden anerkannt.<sup>31</sup> Die diplomatischen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern wegen der Spannungen zwischen der VR China und der UdSSR hatten sich in diesen Jahren weiter verschlimmert.

---

<sup>28</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 196-198, Dokument 74; Information zur Berichterstattung der chinesischen Presse über Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 75, Information zur Berichterstattung der chinesischen Presse über Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems in der Zeit vom 6. bis 18. Juli 1961, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 76; Schreiben von Günter Kohrt, Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, an das Politbüromitglied Hermann Matern vom 29. Juli 1961 zu einem geplanten Artikel in der ‚Renmin Ribao‘, SAPMO-BArch IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 110; Die Differenzierungspolitik der chinesischen Führung – Ausdruck ihrer Spaltertätigkeit gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft, SAPMO-BArch, ZPA IV B 2/20/582.

<sup>29</sup> Vgl. Strauss (2007); Liu Guokai (1987); Barnouin (1993); Barnouin/Yu Changgen (1997); Chen Jack (1976); Jiaqi Yan/Gao Gao (1996); Lee Hong Yong (1978); Ma Jisen (2004); Joseph/Wong/Zweig (1991); Yan Jiaqi (1990).

<sup>30</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 124.

<sup>31</sup> Die volle diplomatische Beziehung zwischen der VR China und Großbritannien wurde erst 1972 hergestellt; es existierte 18 Jahre lang lediglich eine Vertretung von ‚charge d’affaires‘ in der VR China von 1954 bis 1972. Derartige Vertretungen bestanden ebenso mit anderen westlichen Industriestaaten wie zum Beispiel den Niederlanden. Diese Phase wurde von Beijing als „halbe diplomatische Beziehung“ bezeichnet; vgl. World Affairs (Shi Jie Zhi Shi, 世界知识) (Januar 2005).